

PiTa 20.05.2014

„Schule in einem maroden Zustand“  
Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) macht sich selbst ein Bild vom Sanierungsbedarf an der Grund- und Gemeinschaftsschule Pinneberg

„Die Schule ist in einem maroden Zustand. Die Möglichkeiten, den Unterricht zu gestalten, kommen an ihre Grenzen.“ Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) fand deutliche Worte, nachdem er sich selbst ein Bild von den Baumängeln der Grund- und Gemeinschaftsschule (GuGs) gemacht hatte. Albig betonte aber auch: „Das Land kann nicht die Aufgabe der kommunalen Schulbauträger übernehmen.“ Für die Pinneberger Bildungslandschaft wird es also keine wundersame Rettung aus Kiel geben.

Dabei sind die Zahlen allein für die GuGs erschreckend: 900 000 Euro will die Stadt 2014 in die Sanierung der Schule an der Richard-Köhn-Straße stecken. Für neue Nawi-Räume, Brandschutzmaßnahmen, Kellerabdichtungen und Fluchttreppen. Und in den Folgejahren muss die verschuldete Kommune noch mehr Geld in die Hand nehmen, allein für 2015 sind Investitionen in Höhe von 2,7 Millionen Euro geplant. Dabei steht Pinneberg unter dem Rettungsschirm des Landes, in Sachen Neuverschuldung sind Politik und Verwaltung enge Grenzen auferlegt. Die Einladung an den Landesvater hatte das Kollegium der Schule ausgesprochen. Personalratschefin Angela Marks meinte im Vorfeld: „Ich erwarte offene Ohren.“

Albig unternahm einen Rundgang über das Gelände der GuGs. Zusätzlich hatten Eltern und Lehrer Zeit, ihre Sorgen und Nöten in einem Gespräch im Lehrerzimmer zu vermitteln. Dabei wurde auch die mangelnde Planungssicherheit im pädagogischen Bereich thematisiert. Marks: „Die beiden Lernpädagoginnen haben nur befristete Verträge.“ Die Kolleginnen kümmern sich um private Probleme von Schülern oder bieten eine Sonderbetreuung für auffällige Kinder an. Der Minister-

präsident will in diesem Punkt persönlich nachhaken.

Er mahnte darüber hinaus zur Ehrlichkeit bei Schulreformen: „Die Politik kann nicht immer neue Projekte wie Inklusion fordern, wir müssen auch sehen was realistisch machbar ist.“ Finanzielle Entlastung für Pinneberg soll die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs bringen. Albig: „Städte wie Pinneberg sind jahrzehntelang benachteiligt worden.“ Innenminister Andreas Breiter (SPD) hatte bei einem Besuch im April eine Finanzspritze in Höhe von 1,4 Millionen Euro versprochen. Der Ministerpräsident nahm aber auch viel Positives mit. „Ich sehe eine hohe Bereitschaft im Kollegium, der ich große Anerkennung zolle.“  
Julian Willuhn

